

Tut etwas, das Bedeutung hat, weil es Spaß macht und wichtig ist für andere.

Ralf Dahrendorf

Ein Volk von Egoisten?

Kaum ein anderer Begriff ist in jüngster Zeit so häufig strapaziert worden wie der der Solidarität, wenn es darum ging, die gegenwärtige Befindlichkeit unserer Gesellschaft zu kommentieren; ohne Übertreibung läßt sich geradezu von einem inflationären Gebrauch sprechen. Den offenkundigen Mangel an Solidarität als eine der zentralen Ursachen für gesellschaftliche Misere in den verschiedensten Bereichen beklagen kritische Zeitgenossen ebenso wie Politiker aller Couleur. An erster Stelle steht dabei der *deutsche Einigungsprozeß*. Die fehlende Bereitschaft zu solidarischem Handeln bei der Bevölkerung der alten Bundesrepublik werfe auf ihn einen häßlichen Schatten, zumindest was seine psychische und mentale Dimension betrifft. Zu Beginn der absehbar komplizierten Vereinigung bestand aber bei den politisch Verantwortlichen große Scheu, konkret zu benennen, in welchem Maße Solidarität des Westens mit dem Osten gefordert sein wird. Die nun mahnenden Volksvertreter schienen demnach selbst die solidarische Grundhaltung bei der Mehrheit ihrer Mitbürger nicht allzu hoch zu veranschlagen.

Auch bei den jüngsten *Tarifaueinandersetzungen* war der Vorwurf fehlender Verantwortung und Sensibilität für das Gemeinwohl ein Hauptargument, von den Kontrahenten ebenso wechselseitig gebraucht wie von Kommentatoren. Und nicht zuletzt in der zunehmend heftiger geführten Diskussion um den Fortbestand unseres *Sozialstaates*, dessen Ressourcen immer weniger den stetig wachsenden Leistungsanforderungen zu genügen scheinen, sehen Kritiker eine Erklärung für Fehlentwicklungen in mangelnder Verantwortungsbereitschaft des einzelnen für ein auf Gemeinschaftlichkeit basierendes und nur in einem solidarischen Konsens funktionierendes Sozialsystem. Unsolidarisches und überzogenes Anspruchsdenken, das zu sehr fixiert sei auf Einzelinteressen und den privaten Vorteil, ließen das Solidaritätsnetz zwischen den Generationen brüchig werden, an manchen Stellen drohe es gar zu zerreißen.

Dieser Diagnose entsprechend haben *Appelle an den Gemeinsinn* Hochkonjunktur – und nicht nur aus den Reihen der Institutionen wie beispielsweise Kirchen und Wohlfahrtsverbände, die gemeinhin als Anwälte der

öffentlichen Moral und Hüter von Grundwerten wie dem der Solidarität gelten. An deren Mahnungen, unserer Gesellschaft ermangele es an der nötigen Orientierung am Gemeinwohl, hat sich wohl eine breite Mehrheit eher gewöhnt, als daß sie ihr konkretes Verhalten entsprechend korrigiert. Nein, die Forderung nach mehr Solidarität ist vor allem auch in der tagespolitischen Diskussion immer wieder zu hören. Gerade hier aber bleibt der Begriff Solidarität auch schillernd, in seiner konkreten Bedeutung oft undurchsichtig. Je nach dem zugrundeliegenden Interesse, mit dem er in die Debatte eingeführt wird, scheint er eine Vielzahl von Konnotationen zu haben, auch wenn wie im Falle der Tarifaueinandersetzungen die Frage nach der Grundeinstellung einzelner Interessengruppen dem Ganzen der Gesellschaft gegenüber tangiert ist. Im Konflikt um konkrete Umverteilungsmaßnahmen im wirtschaftlichen Bereich wirkt die Rede von Solidarität unspezifisch und unklar. Und obgleich eine solidarische Orientierung für die gemeinsame Zukunft eines geeinten Deutschland von allen Schichten der Bevölkerung eingefordert werden muß, ist der Begriff in seiner Anwendung auf notwendige finanzielle Transferleistungen übertrieben und zugleich nicht exakt genug.

Tendenz zur Entsolidarisierung

Dennoch, die gegenwärtige Karriere des Begriffes Solidarität ist ein Indiz für ein *verbreitetes Grundgefühl innerhalb der Gesellschaft*, sie verweist auf ein grundsätzliches Unbehagen. Die Frage ist virulent: Droht unsere Gesellschaft tatsächlich ihre Orientierung am Gemeinwohl zu verlieren, daß es dieser auffallenden Häufung von Solidaritätsappellen bedarf? Geraten dem einzelnen Gemeinschaft und Gesellschaftlichkeit in dem Maße aus dem Blick und aus dem Sinn, daß gar die Rede von den Deutschen als einem „Volk von Egoisten“ gerechtfertigt ist? Wertestudien und Untersuchungen, die die dominierenden Orientierungsmuster unserer Gesellschaft zu analysieren suchen, bestätigen: Eine gewisse Tendenz zur Entsolidarisierung läßt sich feststellen, die den Rückschluß von der Häufigkeit und Dringlichkeit der Solidaritätsap-

pelle auf einen tatsächlichen Mangel an verantworteter Gemeinschaftsbezogenheit plausibel erscheinen läßt. Das, was dem einzelnen in seiner Alltagserfahrung als anonyme und kalte „Ellbogengesellschaft“ begegnet, wird in solchen Studien indiziert durch die Erhebung weitverbreiteter Einstellungen wie: „Jeder ist seines Glückes Schmied; Probleme muß jeder für sich selbst lösen; für sozialen Abstieg, Armut oder Arbeitslosigkeit trägt der einzelne selbst Verantwortung.“ Andere Grunderfahrungen, die mit diesem Einstellungswandel in direktem Zusammenhang stehen, wie verbreitete Einsamkeit oder die Angst davor, sind längst zum Allgemeinplatz der Gesellschaftskritik geworden, deshalb jedoch nicht weniger berechtigt.

Aus den genannten Einstellungen läßt sich zum einen sicherlich eine bei vielen Zeitgenossen dominierende selbstbezogene Leistungsorientierung herauslesen. Zum anderen zeigt sich darin aber auch eine erhebliche Indifferenz gegenüber der Mitwelt und deren Schicksal. Die Orientierung am Gemeinwohl scheint mehr und mehr einer zunehmenden Konzentration auf Einzelinteressen zu weichen. Solidarische Handlungsmuster drohen durch den Rückzug ins Private verdrängt zu werden. Über eine generelle Abnahme sozialer Verbindlichkeit klagen so Kirchen wie Parteien, traditionelle Verbände und Vereine. Sie manifestiert sich im Rückgang der Mitgliederzahlen ebenso wie in der zunehmend geringer werdenden Bereitschaft, sich in dem Maße für das Funktionieren dieser Organisationen zu engagieren, wie es früher für eine Zugehörigkeit charakteristisch war.

Den Trend, fort von einem sozial verbindlichen Engagement hin zur unverbindlichen „Clique“, zur oberflächlichen Freizeitinteressengemeinschaft, bestätigen auch Freizeitforscher: Soziale Verpflichtungen empfinden viele in ihrer Freizeit als ausgesprochen lästig. Schon die Mitarbeit im Verein werde von mehr als einem Drittel der westdeutschen Bevölkerung nicht mehr als Freizeitbeschäftigung angesehen. Die Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern tendiere unter solchen Vorzeichen gegen Null. Das freiwillige Engagement in sozialen Organisationen habe für zwei von fünf westdeutschen Bundesbürgern „in keinem Fall“ etwas mit Freizeit zu tun.

Moralisierende Appelle bleiben wirkungslos

Sollen Erklärungen für diese Entsolidarisierungstendenzen gefunden werden, die über die Berechtigung wie den Erfolg der mit so viel Engagement vorgetragenen Solidarisierungsaufappelle entscheiden können, dürfen solche Phänomene abnehmender Gemeinschaftlichkeit nicht isoliert betrachtet oder verabsolutiert werden. Die Tagesaktualität und akute Problemlagen mögen in vielen Fällen zu spontanen Appellen drängen, die die Bevölkerung an eine für jedes gesellschaftliche Zusammenleben unverzichtbare Grundhaltung erinnern. Für eine tragfähige Beurteilung aber müssen die Phänomene in die ganze soziale

Wirklichkeit eingeordnet werden. Nur vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Werte- und Einstellungswandels lassen sich die konstatierten Entsolidarisierungstendenzen angemessen erfassen. Denn die beklagte fehlende Solidarität ist letztlich ein Moment des weit fortgeschrittenen und weiter fortschreitenden *Individualisierungsprozesses*, der seinerseits wiederum Teil des umfassenden Modernisierungsprozesses ist.

Bleibt dieser weitere Komplex unberücksichtigt – und dies läßt die unspezifische und undifferenzierte Verwendung des Begriffes Solidarität in der tagespolitischen Auseinandersetzung vermuten – wirken die mit viel Pathos vorgetragenen Appelle nicht nur eigentümlich moralisierend. Sie bleiben vor allem auch unwirksam. Es entsteht so der Eindruck, es werde entweder an eine Grundhaltung appelliert, ohne daß darüber Klarheit besteht, inwieweit diese überhaupt noch vorhanden ist. Oder es soll eine irgendwie abhanden gekommene Tugend wiederbelebt werden, ohne daß Strukturen und gesellschaftliche Bedingungen berücksichtigt werden, die über Erfolg oder Mißerfolg dieser Wiederbelebungsversuche entscheiden. Da aber ab einem bestimmten Maße von Entsolidarisierung nicht nur der Fortbestand der das gesellschaftliche Leben tragenden Institutionen gefährdet ist, sondern der gesellschaftliche Konsens insgesamt, ist die Frage nach den spezifischen Wurzeln dieser Gleichgültigkeit dringlich, die mancher Zeitgenosse gegenüber dem Schicksal der größeren Gemeinschaft demonstriert. Wo liegt der eigentliche Grund für den unschwer festzustellenden Rückzug ins Private? Welche *strukturellen Ursachen* lassen sich für die zunehmend geringer werdende Bereitschaft finden, Emotionen und kostbare Lebenszeit in größere soziale Zusammenhänge zu investieren?

Die Lebensbereiche driften auseinander

Es ist das „moderne“ Individuum, an das sich Solidaritätsappelle richten, dessen Rückzug ins Private beklagt oder auch massiv angeprangert wird. Charakteristisch für dessen Lebenssituation ist die Ablösung aus traditionellen sozialen Bindungen und Zusammenhängen, aus festen kulturellen und lebensweltlichen Milieus und deren spezifischen Wertorientierungen.

Traditionelle Handlungsmuster und Rollenvorgaben werden zugunsten einer Vielzahl frei zu wählender Handlungsoptionen verdrängt; die einigermaßen berechenbare verlaufende „Normalbiographie“ in festfügten Milieus weicht einer Pluralität der Lebensformen. Die *Ambivalenz*, die bezogen auf die konkrete Lebenssituation der modernen Menschen diesem Individualisierungs- und Pluralisierungsprozeß inhärent ist, ist längst zum sozialwissenschaftlichen Allgemeingut geworden: Der einzelne wird der aus festen Handlungs- und Wertorientierungen tradierten Sozialzusammenhänge befreit ist, hat zugleich deren schützenden Halt und Orientierungsangebot verliert. Die Wahlchancen, die die Freisetzungprozesse donstüch-

Moderne dem Individuum einräumen, bedeuten immer zugleich auch „Zwang“ zur Wahl.

Vor allem aber gilt es, sich in der hochmodernen Gesellschaftsform zu behaupten, die als „funktional-differenziert“ definiert wird: Als Berufstätiger, Staatsbürger, Angehöriger einer bestimmten Familie, als Wissenschaftler, Künstler oder Mitglied einer Kirche ist jeder einzelne zur Übernahme spezifischer Rollen in den verschiedenen gesellschaftlichen Funktionsbereichen gezwungen. Diese Bereiche driften ihrerseits, bestimmt durch einen hohen Grad an Spezialisierung, geprägt durch voneinander stark unterschiedene Eigenlogiken und Rationalitäten, immer mehr auseinander. Der Wechsel zwischen den Bereichen verlangt vom einzelnen ein großes Maß an Flexibilität und Mobilität, was als quasi strukturelle Anpassung wiederum eine starke Vereinzelung zur Folge hat. Zugleich fördert die gleichzeitige Teilnahme an ganz verschiedenen Rationalitäten das von Gesellschaftskritikern monierte, durch Indifferenz geprägte Lebensgefühl. Die ständige Konfrontation mit einer in solchem Maße von der Pluralität der Rationalitäten (oder anders ausgedrückt, möglicher „Wahrheiten“, die prinzipiell allesamt Ziel und Orientierung sein können) geprägten Alltagswelt bedeutet für die Identität des einzelnen eine enorme Herausforderung. Denn sie muß die Klammer sein zwischen den sich immer stärker auseinanderentwickelnden Lebensbereichen; das „Ich“ muß gegen ein drohendes Zerfasern in die unterschiedlichen Rollenerwartungen und -definitionen der einzelnen Funktionsbereiche verteidigt werden. Eine gewisse Gleichgültigkeitshaltung, der Rückzug ins Private, in die ganz kleine, überschaubare Lebenswelt kann dann als eine quasi resignative Reaktion auf eben diese Alltagserfahrung einer gewissen Orientierungslosigkeit und des Identitätsverlustes verstanden werden.

Die Gesellschaft ist in ihren Grundfesten bedroht

Der notwendige Verweis auf den größeren strukturellen Komplex, in den die konstatierten Entsolidarisierungstendenzen eingeordnet werden müssen, darf jedoch nicht dazu führen, den einzelnen von seiner Gemeinschaftsverpflichtung zu dispensieren. Und die Abwehr einer ungerechtfertigten, moralisierenden Verurteilung durch oberflächliche Solidaritätsappelle, die die realen Bedingungen individuellen Handelns ignorieren, ist keine Generalabsolution für ein Verhalten, das nur noch die Orientierung am eigenen Interesse kennt und ausschließlich auf die Maximierung des persönlichen Nutzens zielt.

Insofern wie jede andere Gesellschaft auch muß ein vitales Interesse daran haben, das Solidaritätspotential jedes einzelnen zu fördern und die Sensibilität für die Belange der Gemeinschaft zu erhalten. Eine Gesellschaft ist in dem Maße in ihren Grundfesten bedroht, in dem die Verantwortung ihrer Teile für das Ganze abnimmt. Konkret heißt dies: Kein demokratischer Staat ist auf Dauer funktionsfähig, wenn nicht ein guter Teil seiner Bürger zu

einem verbindlichen Engagement in der Politik, in Bewegungen oder Parteien auf den verschiedenen Ebenen bereit ist. Ebenso bedarf ein Staat, der sich zunehmend seiner globalen Verantwortung bewußt wird, des solidarischen Grundkonsenses in allen Schichten seiner Bevölkerung, um sich den mit dieser Erkenntnis verbundenen Herausforderungen stellen zu können. Auch die Vorstellung von einem Sozialstaat, der durch perfekte Organisation jede Form der direkten, „nachbarschaftlichen“ Hilfeleistung erübrigt, elementare Solidaritätsleistungen zwischenmenschlicher Beziehungen ersetzt, ist schlicht nicht – unabhängig davon, ob dies nicht sowieso mehr eine Orwell'sche Horrorvision ist – zu realisieren. Die häufig beklagte „kühle“ Gesellschaft, in der Einsamkeits- und Verlassenheitsängste ebenso wie der Wunsch nach dauerhaften zwischenmenschlichen Beziehungen verbreitet sind, wird durch sozialstaatliche Kompensationsmaßnahmen um kein Grad wärmer.

Der unverzichtbare moralische Appell zu gemeinsamer Handlungsorientierung, zu sozialer Verbindlichkeit in verantworteter Gemeinschaft darf allerdings weder den einzelnen in seiner konkreten Lebenssituation überfordern noch deren Strukturen verschleiern. Ebenso wenig läßt sich auch der Individualisierungsprozeß aufhalten oder rückgängig machen, sich ihm blind entgegenzustemmen wäre deshalb töricht.

Der Ansatzpunkt, von dem aus einer fortschreitenden Entsolidarisierung entgegenzusteuern ist, kann nur bei den Ambivalenzen des Individualisierungsprozesses liegen, dort, wo der legitime Anspruch auf Selbststeuerung und Autonomie zur Verneinung der sozialen Verpflichtung, wo die Freisetzung aus engen sozialen Bindungen und starren Rollenvorgaben zur Atomisierung und Privatisierung des einzelnen führt. Wenn ein Konsens darüber erzielt werden soll, daß einer weiteren Entsolidarisierung breiter Schichten der Bevölkerung entgegengewirkt werden muß, kommt nicht zuletzt dem Bildungs- und Erziehungssystem eine hervorragende Bedeutung zu. Zum primären Erziehungsziel müßte dann stärker als bisher die Vermittlung der Grundwerte werden, die gesellschaftliches Zusammenleben allererst ermöglichen. Das hieße vor allem – bezogen auf die Ebene konkreter Entscheidungen – die prinzipielle Gleichrangigkeit von „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ zu betonen. Zentralen Stellenwert verdiente auch eine Identitätsbildung, die zu kritisch-wertender Distanz gegenüber den Binnenrationalitäten der einzelnen Gesellschaftsbereiche und deren Rollenvorgaben befähigen sollte. Die Ausbildung sozialer Kompetenz – diese schließt die Sensibilität in der Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit ebenso ein wie ein möglichst breit angelegtes soziales Verhaltensrepertoire – bekäme in der Zielvorgabe zumindest einen gleichberechtigten Rang neben der Erziehung zur Leistungsfähigkeit im Sinne wirtschaftlicher Rationalität. Ob die gegenwärtig so geläufige Rede vom Mangel an Solidarität schon einen solchen Konsens über die Notwendigkeit neuer Solidarstrukturen in unserer Gesellschaft anzeigt, bleibt allerdings fraglich.

Alexander Foitzik